

MORNING NEWS

8. Dezember 2025

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.028,14	146,11	0,61	23.882,03	DJ 30	47.954,99	104,05	0,22	47.850,94
MDAX	29.696,45	99,43	0,34	29.597,02	NASDAQ	25.692,05	110,35	0,43	25.581,70
TEC DAX	3.595,53	12,81	0,36	3.582,72	Nikkei 225	50.530,31	38,44	0,08	50.491,87
Euro Stoxx50	5.723,93	5,85	0,10	5.718,08	Hang Seng	25.810,59	-274,49	-1,05	26.085,08
Bund Future	127,99	-0,16	-0,12	128,15	Euro / US-\$	1,1666	0,00	0,21	1,1642
Gold in US-\$	4.217,22	19,44	0,46	4.197,78	Öl (Brent) US-\$	63,90	0,15	0,24	63,75
Bitcoin / US-\$	91.303,35	1.069,94	1,19	90.233,88	Ethereum / US-\$	3.129,00	43,12	1,40	3.085,92

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.005	-23
NASDAQ Future	25.795,00	+63,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	211,94	-1,31	-0,01	213,25	247,26	1.407.630,00
Nokia OJ	5,20	-0,04	-0,01	5,24	6,07	17.830.369,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			
Europäische Unternehmen	Stabilus (07:00 Gj)			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Industrieproduktion (m/m), sb	Oktober	08:00	0,3% (1,3%)
D	Industrieproduktion (y/y), WDA	Oktober	08:00	-0,4% (-1,0%)
EWU	Sentix Investorvertrauen	Dezember	10:30	-6,3 (-7,4)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,24 (1,22)	10-jährige Bonds	-0,234	4,13%
Volumen NASDAQ	8,23 (7,44)	30-jährige Bonds	-0,422	4,79%

()=Vortag

Wenige Tage vor der Zinssitzung der US-Notenbank Fed sind die **Anleger** am amerikanischen Aktienmarkt **auf der Hut geblieben**. Alle drei großen US-Indizes notierten leicht im Plus. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte ging bei 47.955 Punkten aus dem Handel, ein Plus von 0,2 Prozent. Der breiter gefasste S&P 500 legte ebenfalls 0,2 Prozent auf 6870 Punkte zu und der Index der Technologiebörse Nasdaq 0,3 Prozent auf 23.578 Zählern.

Jüngste Inflationsdaten ebneten Börsianern zufolge den **Weg für eine Zinssenkung** der Federal Reserve in der neuen Woche. Die US-Konsumausgaben legten im September wie erwartet um 0,3 Prozent zu. Der Preisindex für die privaten Konsumausgaben (PCE) stieg in den zwölf Monaten bis September um 2,8 Prozent, nach einem Anstieg von 2,7 Prozent im August. Zudem hellte sich die Stimmung unter den US-Verbrauchern inmitten des Weihnachtsgeschäfts überraschend deutlich auf. Das Konsumbarometer der Uni Michigan legte im Dezember auf 53,3 Punkte zu.

Der US-Dollar stabilisierte sich nach einer mehrtägigen Verlustserie. Der **Dollar-Index** stand bei rund 99 Punkten. Investoren stellten sich im neuen Jahr auf weitere Zinssenkungen ein, sagten Strategen. Dabei habe das Zollregime von US-Präsident Donald Trump zusätzliche Unsicherheit hinsichtlich der Inflation und des Wachstums geschaffen, sagte Svein Aage Aanes, verantwortlich für das Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren bei DNB Asset Management. "Wenn das Wachstum ordentlich anhält und die Inflation zu hoch bleibt, werden wir weniger Zinssenkungen sehen, und wenn die Wirtschaft stärker ins Stocken gerät, werden wir schnellere und tiefere Zinssenkungen erleben."

An den Rohstoffmärkten legten die Preise für die Ölsorten **Brent** und **WTI** um je rund ein Prozent zu. Preistreibend wirkte, dass die Friedensverhandlungen im Ukraine-Krieg bislang keinen bedeutenden Durchbruch erzielen konnten. Ein Abkommen hätte auch bedeutet, dass wieder mehr russisches Öl auf den Markt gelangen könnte.

Für Gesprächsstoff am Aktienmarkt sorgte ein Milliardendeal in der Medienbranche: **Netflix** kauft für 72 Milliarden Dollar die TV- und Filmstudios sowie die Streaming-Sparte von **Warner Bros Discovery**. "Es verwandelt Netflix in einen dominanten Akteur in Hollywood, was eine ziemliche strategische Richtungsänderung für das Unternehmen ist", sagte Analystin Fiona Cincotta von City Index. Die Aktien des Streamingkonzerns fielen um knapp drei Prozent. Aktien von Warner Bros Discovery stiegen um sechs Prozent auf den höchsten Stand seit April 2022.

Eine maue Umsatzprognose schickte die Aktien von **Hewlett Packard Enterprise** (HPE) zeitweise auf Talfahrt. Die Papiere des KI-Server-Herstellers fielen zunächst um bis zu zehn Prozent, grenzten ihre Verluste anschließend ein und schlossen im Plus. "Das KI-Servergeschäft zeigte Schwäche, aufgrund von Terminverzögerungen bei Auslieferungen und Regierungsausgaben. Wir denken aber, dass beides eher eine Frage des Timings war", sagten die Analysten von Barclays. Die Gewinnprognose für das Geschäftsjahr 2026 hob HPE leicht an.

Die Aktien von **Ulta Beauty** stiegen um bis zu 14,6 Prozent auf ein Rekordhoch von 611,90 Dollar. Sie gingen mit einem Plus von 12,7 Prozent aus dem Handel. Der US-Kosmetikeinzelhändler erhöhte seine Jahresumsatz- und Gewinnprognose. "Wir glauben, dass Ulta eine sehr gute Leistung erbringt und auf dem besten Weg ist, von der anhaltend guten Nachfrage nach Schönheitsprodukten in dieser Festsaison zu profitieren", erklärten die Analysten von Canaccord Genuity.

US Unternehmen

Der Besitzer des Kurznachrichtendienstes X, **Elon Musk**, hat aus **Verärgerung über EU-Strafen** die **Zerschlagung der Europäischen Union** gefordert. "Die EU sollte abgeschafft und die Souveränität an die einzelnen Länder zurückgegeben werden, damit die Regierungen ihre Bevölkerung besser vertreten können", schrieb der US-Milliardär und Tesla-Chef am Samstag auf X. Die EU hatte zuvor wegen Verstößen gegen Transparenzvorschriften eine Strafe von 120 Millionen Euro gegen das Unternehmen verhängt (Reuters).

Der **stellvertretende US-Außenminister** Christopher Landau hat sich am Samstag der **Kritik an der 120 Millionen Euro-Strafe der EU** gegen die **Social-Media-Plattform X** des Tech-Milliardärs Elon Musk angeschlossen. Die Strafe zeige deutlich, dass die Europäer die US-Politik untergraben, während sie gleichzeitig militärischen Schutz von den USA forderten, teilte Landau auf X mit. Die EU hatte die Strafe gegen X wegen Verstößen gegen Transparenzvorschriften verhängt. Mit der Entscheidung kam erstmals der Digital Services Act (DSA) der EU zum Einsatz, der unter anderem die Einhaltung von Transparenzanforderungen sicherstellen soll und Maßnahmen zur Bekämpfung rechtswidriger Online-Inhalte vorsieht. US-Außenminister Christopher Landau ging mit seiner Mitteilung auf X über die Äußerungen des **US-Außenministers** Marco Rubio hinaus, der die EU-Strafe als Zensur bezeichnet hatte (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will sich in die Prüfung der geplanten Fusion von **Netflix** und **Warner Brothers Discovery** einschalten. Ein möglicher hoher Marktanteil des fusionierten Unternehmens könne Bedenken aufwerfen, sagte Trump am Sonntag vor Journalisten in Washington. "Ich werde an dieser Entscheidung beteiligt sein", erklärte er. Trump

äußerte sich nicht dazu, ob er das Geschäft befürwortet, wies aber auf eine mögliche Konzentration der Marktmacht in der Unterhaltungsindustrie hin: "Das müssen zwar Wirtschaftsexperten beurteilen, aber es ist ein großer Marktanteil. Es besteht kein Zweifel, dass dies ein Problem sein könnte." (Reuters).

Die **Pläne von US-Präsident** Donald Trump für **staatliche Beteiligungen an strategischen Industrien** gelten nach den Worten eines **Boeing-Managers** nicht für **große Rüstungskonzerne**. Das Vorhaben gelte nur für Firmen der Lieferkette, insbesondere für die kleineren Unternehmen, sagte Steve Parker, Chef der Verteidigungssparte von Boeing, am Samstag auf einer Branchenveranstaltung in Kalifornien. "Ich glaube nicht, dass es wirklich für die 'Primes' gilt", fügte Parker hinzu und bezog sich dabei auf große etablierte Rüstungskonzerne wie Boeing, Lockheed Martin, RTX und Northrop Grumman. Parker widersprach damit **US-Handelsminister** Howard Lutnick. Dieser hatte im August erklärt, die Regierung Trump erwäge Beteiligungen an großen Rüstungsunternehmen wie Lockheed Martin (Reuters).

Meta verschiebt einem Medienbericht zufolge den Start seiner **Datenbrille "Phoenix"** auf das Jahr 2027. Das Unternehmen wolle sicherstellen, dass das Gerät vor der Veröffentlichung vollständig ausgereift sei, berichtete das Portal "*Business Insider*" am Freitag unter Berufung auf ein internes Memo. Ursprünglich sei die Markteinführung für die zweite Hälfte des Jahres 2026 geplant gewesen (Reuters).

Marktmeldungen

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder bringt eine frühere Steuersenkung für Unternehmen ins Spiel. "Es wäre sinnvoll, die schrittweise Senkung der **Körperschaftsteuer** von 2028 auf den 1. Juli 2026 vorzuziehen - sofern es unsere finanziellen Spielräume zulassen", sagte der CSU-Chef dem "*Handelsblatt*". "Das würde unserer Wirtschaft einen wichtigen Schub geben."

Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) hat Sympathie für die Idee, den **Renteneintritt** nicht mehr an das Alter zu koppeln - sondern an die Zahl von Beitragsjahren. Bas sagte im *ARD-"Bericht aus Berlin"*: "Ich finde die Idee grundsätzlich ganz gut." Es gebe zwei unterschiedliche Modelle. Zum einen könne man das Renteneintrittsalter nach der Lebenserwartung formulieren oder danach, wer eine bestimmte "Strecke" eingezahlt habe.

Bundeskanzler Friedrich Merz und der **französische Präsident** Emmanuel Macron wollen einem Insider zufolge in der Woche ab dem 15. Dezember über das vom Scheitern bedrohte europäische **Kampfjet-Projekt FCAS** beraten. Dies erfuhr die Nachrichtenagentur *Reuters* am Samstag aus Branchenkreisen. Ein deutscher Regierungssprecher lehnte eine Stellungnahme ab, die französische Regierung war zu dem Thema zunächst nicht zu erreichen. *Reuters* hatte gemeldet, dass bereits am 11. Dezember ein **Treffen der Verteidigungsminister** der beteiligten Länder Deutschland, Frankreich und Spanien geplant ist.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat **Israel** bei seinem Antrittsbesuch **dauerhafte deutsche Solidarität** versichert. "Das gehört zum unveränderlichen Wesenskern unserer Beziehungen. Das gilt für heute. Das gilt für morgen und das gilt für immer", sagte Merz am Sonntag bei einer Pressekonferenz mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und verwies auf die deutsche Verantwortung für den Holocaust. Allerdings zeigten sich zwischen Merz und Netanjahu fundamentale Differenzen im Umgang mit den Palästinensern. Netanjahu lehnte einen eigenen palästinensischen Staat strikt ab und betonte, dass Israel die politische und militärische Kontrolle zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer auch weiter beanspruche (Reuters).

Nach Angaben von **Israels Ministerpräsident** Benjamin Netanjahu steht der **Gaza-Friedensplan** kurz vor dem Abschluss der sogenannten ersten Phase. "Wir stehen kurz vor der zweiten Phase", sagte Netanjahu am Sonntag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Kanzler Friedrich Merz in Jerusalem. Auch Merz sagte, man müsse nun an die zweite Phase denken, die etwa eine Entwaffnung der Hamas im Gazastreifen und den Einsatz einer internationalen Friedenstruppe vorsieht. Allerdings hakt es dabei. Bisher ist unklar, wer diese Truppen stellen soll und welche Aufgabe sie zu erfüllen haben (Reuters).

Israels Generalstabschef Ejal Zamir hat die **Rückzugslinie der Truppen im Gazastreifen** zu einer **neuen Grenze** erklärt. Zamir sagte nach Armeeangaben während eines Truppenbesuchs im nördlichen Gazastreifen, die sogenannte "gelbe Linie" sei eine neue Grenze, eine vordere Verteidigungslinie für die israelischen Grenzgemeinden und zugleich eine Angriffslinie. Israel werde nicht zulassen, dass sich die islamistische **Hamas** im Gazastreifen wieder etabliere. "Wir werden auf jeden Versuch, unsere Streitkräfte zu bedrohen, mit aller Härte reagieren", sagte er (dpa/AFX).

Die **EU-Außenbeauftragte** Kaja Kallas hat die **USA** auch nach dem **kritischen Positionspapier** aus Washington als weiter **wichtigsten Verbündeten Europas** bezeichnet. Es gebe viel Kritik in dem US-Papier, aber ein Teil davon sei auch wahr, sagte Kallas bei einer Podiumsdiskussion auf dem Doha-Forum in Katar. "Wenn man sich Europa ansieht, hat es seine eigene Macht gegenüber Russland unterschätzt." Europa müsse selbstbewusster sein. Man sei mit den USA bei verschiedenen Themen nicht immer einer Meinung gewesen. "Aber ich glaube, das Grundprinzip ist immer noch da. Wir sind die größten Verbündeten und wir sollten zusammenhalten." Die US-Regierung hatte jüngst in ihrer neuen **Nationalen Sicherheitsstrategie** erklärt, Europa drohe eine "zivilisatorische Auslöschung" und es könnte eines Tages seinen Status als verlässlicher Verbündeter verlieren. Die Europäische Union wird als undemokratisch bezeichnet. Ziel der USA müsse es sein, "Europa bei der Korrektur seines derzeitigen Kurses zu helfen" (Reuters).

Mit ihrem neuen **Strategiepapier** haben die **USA** nach Einschätzung deutscher Politiker die Unterstützung für Europa aufgekündigt. "Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stehen die USA nicht mehr an der Seite der Europäer", sagte am Sonntag der **CDU-Außenpolitiker** Norbert Röttgen dem "*RedaktionsNetzwerk Deutschland*". Die USA stünden auch nicht mehr an der Seite der Ukraine, gegen die ein brutaler Vernichtungskrieg geführt werde. Zudem zeige sich, dass es Ziel der USA sei, sich in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten einzumischen.

Das **US-Justizministerium** kann **Gerichtsprotokolle im Fall des Sexualstraftäters Jeffrey Epstein** veröffentlichen. Ein Richter im US-Bundesstaat Florida gab einem entsprechenden Antrag des Justizministeriums am Freitag statt. Die Akten könnten Aufschluss über Epsteins Verbindungen zu einflussreichen Persönlichkeiten geben, darunter auch zu US-Präsident Donald Trump (Reuters).

Die **französische Wirtschaft** wird im laufenden Jahr nach Einschätzung von **Finanzminister** Roland Lescure voraussichtlich stärker wachsen als gedacht. Die **Wachstumsprognose** der Regierung von 0,7 Prozent werde höchstwahrscheinlich übertroffen, sagte Lescure am Sonntag dem Fernsehsender LCI. "Ich denke, wir werden mindestens 0,8 Prozent erreichen." Nur bei einem sehr schlechten vierten Quartal, von dem er nicht ausgehe, könne das Wachstum noch unter 0,8 Prozent fallen. Die Wirtschaft der zweitgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone war im dritten Quartal um 0,5 Prozent gewachsen, wie endgültige Daten des Statistikamtes Insee im November zeigten (Reuters).

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat **Gegenmaßnahmen** gegen **China** in den Raum gestellt, sollte das Land seine **Handelspolitik** nicht ändern. "Ich versuche, den Chinesen zu erklären, dass ihr Handelsüberschuss nicht tragbar ist, weil sie dabei sind, ihre eigenen Kunden zu ruinieren, vor allem, indem sie nicht mehr viel von uns importieren", sagte Macron nach seiner Rückkehr von einem dreitägigen Besuch in der Volksrepublik der französischen Wirtschaftszeitung "*Les Echos*".

Bundesaußenminister Johann Wadephul hat vor seiner Reise nach China die **Regierung in Peking** aufgefordert, **Druck auf Russland** für ein Ende des völkerrechtswidrigen **Angriffskrieges gegen die Ukraine** auszuüben. "Kein anderes Land hat so viel Einfluss auf Russland wie China", erklärte Wadephul am Sonntag vor seinem Abflug nach Peking in Berlin. Die chinesische Regierung könne ihr Gewicht dafür einsetzen, dass Moskau zu ernsthaften Verhandlungen bereit sei. Zugleich bezeichnete der Minister den direkten Austausch mit China als "notwendig, ja unersetzlich", auch wenn die Perspektiven teils sehr unterschiedlich seien (Reuters).

Die **Präsidentin der UN-Vollversammlung**, Annalena Baerbock, warnt vor **Gebietsabtretungen** der **Ukraine** als Teil einer Friedenslösung. "Wer Aggression prämiert, wird statt Frieden weitere Kriege ernten", sagt die frühere Bundesaußenministerin den Zeitungen der *Funke Mediengruppe* einem Vorabbericht zufolge. Dies wäre eine Ermutigung für andere Militärmächte, Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen anzuwenden. Es käme einem Freifahrtschein gleich,

würde es die UN akzeptieren, dass ein Mitglied des Sicherheitsrats die wichtigste Regel der Vereinten Nationen bräche, sagte Baerbock mit Blick auf das Gewaltverbot. Ein gerechter und dauerhafter Frieden sei nur auf Basis der Charta der Vereinten Nationen möglich. Zurückhaltend äußerte sich Baerbock über eine mögliche Rolle der Vereinten Nationen bei der Absicherung eines Waffenstillstands in der Ukraine. "Zunächst muss es überhaupt einen Waffenstillstand und eine Friedensvereinbarung geben, danach können wir darüber sprechen, wie diese abgesichert werden können", sagte sie.

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj berichtet von einem langen und **substanziellen Telefonat** mit dem Sondergesandten von US-Präsident Donald Trump, **Steve Witkoff**, und dem US-Vertreter **Jared Kushner**. Die Ukraine sei entschlossen, weiter vertrauensvoll mit der amerikanischen Seite zusammenzuarbeiten, um Frieden zu erreichen, teilt Selenskyj auf der Plattform X mit. Man habe sich auf die nächsten Schritte und den Rahmen für Gespräche mit den USA geeinigt (Reuters).

Die **Gespräche mit US-Vertretern** über einen Friedensplan für die **Ukraine** sind nach Aussagen des **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Zelenskij zwar konstruktiv, aber nicht einfach. "Die US-Vertreter kennen die grundlegenden ukrainischen Positionen", sagte er am Samstag in seiner abendlichen Videoansprache (Reuters).

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kündigt für **Montag** ein **Treffen in London** mit dem **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj, **Bundeskanzler** Friedrich Merz und dem **britischen Premierminister** Keir Starmer an. Dabei solle es um die Lage in der Ukraine und die laufenden Verhandlungen unter US-Vermittlung gehen, teilt Macron mit. "Die Ukraine kann auf unsere unerschütterliche Unterstützung zählen", schreibt er auf der Plattform X. Man werde die Bemühungen fortsetzen, um der Ukraine Sicherheitsgarantien zu geben. Ohne diese könne es keinen robusten und dauerhaften Frieden geben (Reuters).

Das **russische Präsidialamt** begrüßt die Entscheidung der **Regierung von US-Präsident** Donald Trump, Russland in ihrer **nationalen Sicherheitsstrategie** nicht mehr als "direkte Bedrohung" zu bezeichnen. Laut einem Bericht der staatlichen russischen Nachrichtenagentur *Tass* sagte Präsidialamtssprecher Dmitri Peskow, das aktualisierte US-Dokument verzichte auf die Formulierung, die Russland als direkte Bedrohung beschreibe. Stattdessen werde zur Zusammenarbeit mit Moskau in Fragen der strategischen Stabilität aufgerufen. "Wir betrachten dies als einen positiven Schritt", sagte Peskow dem Bericht zufolge (Reuters).

Eine Einigung zur Beendigung des **Ukraine-Krieges** ist nach den Worten des scheidenden US-Sondergesandten für die Ukraine, **Keith Kellogg**, "wirklich nah". Einem Frieden stünden vor allem noch zwei ungelöste Fragen entgegen: die Zukunft der ukrainischen Donbass-Region und des von Russland besetzten Atomkraftwerks Saporischschja. "Wenn wir diese beiden Fragen geklärt haben, werden sich die übrigen Punkte meiner Meinung nach gut lösen lassen", sagte Kellogg am Samstagabend auf dem Reagan National Defense Forum. Die Bemühungen zur Lösung des Konflikts befänden sich auf der Zielgeraden, sagte Kellogg: "Wir sind fast am Ziel" (Reuters).

Russland fordert **tiefgreifende Änderungen** an dem **Friedensplan für die Ukraine**. Die US-Regierung müsse ihren Vorschlagstext "ernsthaft, ich würde sagen, radikal ändern", sagt der außenpolitische Berater von Präsident Wladimir Putin, Juri Uschakow, russischen Medienberichten zufolge. Einzelheiten werden nicht genannt, eine Stellungnahme der Ukraine oder der USA liegt zunächst nicht vor. Die Äußerungen folgen auf ein Treffen Putins mit US-Vertretern in der vergangenen Woche (Reuters).

Russland hat die Ukraine nach Angaben aus Kiew erneut massiv mit **Drohnen und Raketen** angegriffen und dabei vor allem die **Energie- und Bahninfrastruktur** ins Visier genommen. In der Nähe von Kiew sei ein Eisenbahnknotenpunkt in der Stadt Fastiw getroffen worden, teilte die staatliche ukrainische Eisenbahngesellschaft Ukrzaliznyzja am Samstag mit. Das Bahndepot und Waggonen seien beschädigt worden. Zudem seien **Energieanlagen in acht Regionen des Landes** getroffen worden. Dabei sei es zu Stromausfällen gekommen, teilte das Energieministerium mit. Dem ukrainischen Militär zufolge setzte Russland bei den nächtlichen Angriffen 653 Drohnen und 51 Raketen ein. 585 Drohnen und 30 Raketen seien von der Luftabwehr abgeschossen worden. Berichte über Tote oder Verletzte lagen zunächst nicht vor (Reuters).

Russische Drohnen und **Raketen** greifen die **Infrastruktur** der ukrainischen Industriestadt **Krementschuk** an. Dies teilt der Bürgermeister der Stadt, Witalij Malezkyj, in den sozialen Medien mit. Strom und Wasser seien ausgefallen. Die Stadtverwaltung arbeite daran, die Versorgung wiederherzustellen. In der Stadt befindet sich eine der größten Öltraffinerien der Ukraine. Ein von Malezkyj veröffentlichtes Foto zeigt einen großen Brand in einem Industriegebäude. Berichte über Opfer oder das Ausmaß der Schäden liegen demnach noch nicht vor. Die ukrainische Luftwaffe hatte in der Nacht mehrfach vor russischen Drohnen- und Raketenangriffen auf die Stadt gewarnt (Reuters).

Russland hat nach eigenen Angaben in der Nacht zum Sonntag 77 **ukrainische Drohnen** abgeschossen. Dies teilt das Verteidigungsministerium in Moskau mit. Eine ukrainische Stellungnahme liegt noch nicht vor (Reuters).

Eine **ukrainische Drohne** hat nach Angaben des **tschetschenischen Machthabers** Ramsan Kadyrow am Freitag ein Hochhaus in der Hauptstadt **Grosny** getroffen und beschädigt. Bei dem Angriff sei niemand verletzt worden, schrieb Kadyrow auf Telegram. Er kündigte **Vergeltung** an. Die Ukraine hatte zuvor bereits eine Reihe von Zielen in Tschetschenien mit Drohnen angegriffen, darunter eine Polizeikaserne und eine Militäarakademie (Reuters).

China und **Russland** haben Anfang Dezember auf russischem Territorium ihr drittes gemeinsames **Manöver zur Raketenabwehr** abgehalten. Dies teilte das chinesische Verteidigungsministerium am späten Samstagabend auf seiner Internetseite mit. Die gemeinsamen Militärübungen richteten sich nicht gegen Dritte und seien auch keine Reaktion auf die aktuelle internationale Lage. Russland und China hatten im vergangenen Monat Gespräche über Raketenabwehr und strategische Stabilität geführt. Im August veranstalteten sie gemeinsame Artillerie- und U-Boot-Abwehrübungen im Japanischen Meer (Reuters).

Der **russische Präsident** Wladimir Putin hat **Indien** ununterbrochene **Energielieferungen** zugesichert. Bei einem Treffen mit **Ministerpräsident** Narendra Modi in Neu-Delhi sagte Putin am Freitag, Moskau sei bereit, die Versorgung sicherzustellen. Modi bezeichnete die **langjährige Partnerschaft** mit Russland als einen "Leitstern", der sich über die Zeit bewährt habe. Beide Seiten einigten sich auf ein **Wirtschaftskooperationsprogramm** bis zum Jahr 2030, das Handel und Investitionen diversifizieren soll. Russland kündigte an, mehr indische Waren zu importieren, um den Handel bis 2030 auf 100 Milliarden Dollar zu steigern. In einer gemeinsamen Erklärung betonten die beiden Staats- und Regierungschefs, die russisch-indischen Beziehungen blieben "widerstandsfähig gegenüber äußerem Druck" (Reuters).

Chinas Exporte haben im November dank einer Entspannung im Zollstreit mit den USA überraschend stark zugelegt. Sie wuchsen im Jahresvergleich um 5,9 Prozent, wie die Zollbehörde mitteilte. Im Vormonat waren sie noch um 1,1 Prozent geschrumpft. Von Reuters befragte Analysten hatten lediglich mit einem Plus von 3,8 Prozent gerechnet. Die **Importe** stiegen dagegen nur um 1,9 Prozent und verfehlten damit die Erwartungen der Experten von 3,0 Prozent. Der **Handelsüberschuss** belief sich auf 111,68 Milliarden Dollar nach 90,07 Milliarden im Vormonat. Hintergrund der Erholung ist die Einigung zwischen den USA und China von Anfang November, einige Zölle zurückzunehmen. US-Präsident Donald Trump und Chinas Präsident Xi Jinping hatten sich Ende Oktober in Südkorea getroffen (Reuters).

Die **japanische Wirtschaft** ist im dritten Quartal stärker geschrumpft als zunächst gemeldet. Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) sank auf das Jahr hochgerechnet um 2,3 Prozent, wie die Regierung in Tokio auf Basis revidierter Daten mitteilte. Eine erste Schätzung war von einem Minus von 1,8 Prozent ausgegangen. Von Reuters befragte Analysten hatten mit einem Rückgang von 2,0 Prozent gerechnet. Grund für die deutliche Abwärtskorrektur waren vor allem die Investitionsausgaben der Unternehmen. Diese sanken um 0,2 Prozent, nachdem zunächst ein Anstieg von 1,0 Prozent gemeldet worden war. Der **Privatkonsum**, der mehr als die Hälfte der japanischen Wirtschaftsleistung ausmacht, legte hingegen leicht um 0,2 Prozent zu. Die **Investitionskomponente des BIP**, ein Barometer für die private Nachfrage, sank im dritten Quartal um 0,2 Prozent und wurde damit gegenüber der ursprünglichen Schätzung eines Anstiegs um 1,0 Prozent nach unten korrigiert. Ökonomen hatten mit einem Anstieg um 0,4 Prozent gerechnet (Reuters).

Japan hat **China** inmitten verschärfter Spannungen zwischen beiden Ländern eine **gefährliche Provokation mit Kampffjets** vorgeworfen. Chinesische Kampfflugzeuge hätten bei zwei Zwischenfällen japanische Militärjets mit ihrem Zielerfassungsradar anvisiert, teilte der japanische Verteidigungsminister Shinjiro Koizumi am Sonntag auf der Online-

Plattform X mit. Die Radarausrichtungen seien über das hinausgegangen, was für die Flugsicherheit notwendig sei. Koizumi sprach von einem gefährlichen und bedauerlichen Vorfall. Japan habe bei China Protest eingelegt. Ministerpräsidentin Sanae Takaichi erklärte, Japan werde ruhig und entschlossen reagieren. Die Vorfälle ereigneten sich am Samstag in der Nähe von Inseln, die von beiden Seiten beansprucht werden (Reuters).

Thailand hat eigenen Angaben zufolge entlang seiner Grenze zu **Kambodscha Luftangriffe** geflogen. Dabei wurde mindestens ein thailändischer Soldat getötet und sieben weitere verletzt, wie das thailändische Militär am Montag mitteilte. Man habe nun damit begonnen, Flugzeuge für Angriffe auf militärische Ziele in mehreren Gebieten einzusetzen, hieß es weiter. Zudem sollen in Thailand mehr als 385.000 Zivilisten aus vier Grenzbezirken in Sicherheit gebracht werden. Mehr als 35.000 von ihnen seien bereits in Notunterkünften untergebracht. Die Kämpfe entlang der umstrittenen Grenze zwischen den beiden Ländern haben sich im Laufe des Tages stetig ausgeweitet (Reuters).

Die **Regierung** im westafrikanischen **Benin** hat nach eigenen Angaben am Sonntag einen **Putschversuch** vereitelt. Zuvor hatte eine Gruppe von Soldaten im nationalen Fernsehen die Machtübernahme verkündet. Außenminister Olushegun Adjadi Bakari sagte der Nachrichtenagentur *Reuters*, eine "kleine Gruppe" von Soldaten habe versucht, die Regierung zu stürzen. Ein großer Teil der Armee und der Nationalgarde sei aber loyal. Sie seien dabei, die Ordnung wiederherzustellen. Die Putschisten hätten lediglich die Kontrolle über das Staatsfernsehen erlangt. Das TV-Signal sei für einige Minuten unterbrochen gewesen.

Automobile / Zulieferer

Die **EU-Kommission** könnte einem Insider zufolge am 16. Dezember ein Unterstützungspaket für die **europäische Autoindustrie** mit einer möglichen Abschwächung des Verbrenner-Ausstiegs vorstellen. Ursprünglich sei die Ankündigung für Mittwoch geplant gewesen, sagte eine mit der Angelegenheit vertraute Person. Als neuer Termin werde nun Dienstag in der Woche darauf angepeilt, jedoch könne sich dies noch ändern. EU-Verkehrskommissar Apostolos Tzitzikostas hatte jüngst eine mögliche Verschiebung bis in den Januar angedeutet. Die EU-Kommission wollte sich zu dem neuen Datum zunächst nicht äußern. Zuerst hatte "Tagesspiegel Background" darüber berichtet (Reuters).

Die **deutsche Autoindustrie** rechnet für das Jahr 2026 nur mit einer leichten Erholung des Pkw-Marktes. Das geht aus einer Prognose des Verbands der Automobilindustrie (VDA) hervor, über die die "*Rheinische Post*" laut einem Vorabbericht schreibt. Demnach dürften die **Neuzulassungen** um zwei Prozent auf 2,90 Millionen Fahrzeuge zulegen. Das wäre jedoch weiterhin rund ein Fünftel weniger als im Vorkrisenjahr 2019. Ein deutliches Plus von 17 Prozent auf knapp eine Million Neuzulassungen erwartet der Verband hingegen bei den Elektroautos. Als Hauptgrund für die verhaltene Entwicklung nennt der VDA die anhaltende Wirtschaftsschwäche. Auch auf den internationalen Märkten rechnet der Verband nur mit verhaltener Dynamik: Für **Europa** wird ein Wachstum von zwei Prozent erwartet, für **China** von einem Prozent. In den **USA** rechnet der VDA dagegen mit einem Rückgang um vier Prozent. Die **Pkw-Inlandsproduktion** dürfte der Prognose zufolge leicht um ein Prozent zurückgehen, während die Fertigung von Elektro-Pkw um fünf Prozent auf 1,76 Millionen Einheiten zulegen soll (Reuters).

Der Autobauer **Mercedes-Benz** verzeichnet eigenen Angaben zufolge eine überraschend hohe **Nachfrage** nach seinem neuen vollelektrischen **SUV GLB**. "In den ersten Wochen nach Verkaufsstart in Europa haben wir erfreulicherweise viel mehr Bestellungen erhalten, als wir zu diesem frühen Zeitpunkt geplant hatten", sagte Vertriebsvorstand Mathias Geisen dem "*Handelsblatt*". Konkrete Zahlen nannte der Manager nicht, die Nachfrage übersteige die Erwartungen jedoch deutlich. Auch die neue **Coupé-Limousine CLA** komme gut bei den Kunden an, sagte Geisen weiter. Mercedes hatte den SUV auf der Automesse IAA im September vorgestellt, seit Ende Oktober ist er in Europa vorbestellbar. Der Konzern will nun die Lieferzeiten beschleunigen.

Der südkoreanische Batteriehersteller **LG Energy Solution** hat einen bereits bekannten Großauftrag von **Mercedes-Benz** auf 1,4 Milliarden Dollar beziffert. Der Auftrag laufe von 2028 bis 2035 und umfasse die Regionen Nordamerika und Europa, teilte das Unternehmen in einer Pflichtmitteilung mit (Reuters).

Der **Volkswagen-Konzern** plant nach Angaben seines Vorstandschefs Oliver Blume **Investitionen** in Höhe von 160 Milliarden Euro bis 2030. Damit will der führende europäische Autobauer den Gürtel enger schnallen, da er mit einer schweren Krise auf seinen beiden wichtigsten Märkten USA und China konfrontiert ist. Blume sagte der "*Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*", der **Schwerpunkt des jüngsten Ausgabenplans** liege "auf **Deutschland und Europa**", unter anderem in Produkte, Technologien Produktionsstätten und Infrastruktur. Die Gesamtausgaben, die jährlich im Rahmen des rollierenden Fünfjahres-Investitionsplans von Volkswagen aktualisiert werden, belaufen sich für den Zeitraum 2025 bis 2029 auf 165 Milliarden Euro und für den Zeitraum 2024 bis 2028 auf 180 Milliarden Euro. Überlegungen zu einem möglichen US-Werk für die Tochter Audi hingen maßgeblich von einer erheblichen finanziellen Unterstützung des amerikanischen Staates ab, sagte Blume zudem. "Und die gibt es bislang nicht."

Banken

Die Schweizer Großbank **UBS** plant einem Medienbericht zufolge einen **weiteren massiven Stellenabbau**. Bis 2027 sollen rund 10.000 Arbeitsplätze wegfallen, wie die Schweizer Zeitung "*SonntagsBlick*" am Sonntag unter Berufung auf interne Informationen berichtete. Die Bank bestätigte diese Zahl auf Anfrage von *Reuters* nicht. Sie teilte jedoch mit, die Zahl der Stellenstreichungen in der Schweiz und weltweit "so gering wie möglich" halten zu wollen. Der Abbau werde sich über mehrere Jahre erstrecken und solle größtenteils durch natürliche Fluktuation und Vorruhestandsregelungen erreicht werden. Zudem verwies die Bank auf einen umfassenden Sozialplan, der mit den Mitarbeitervertretern vereinbart worden sei. Dieser kombiniere die Regelungen der früheren Pläne von UBS und Credit Suisse. Betroffene Mitarbeiter würden bei der Suche nach einer neuen Stelle innerhalb oder außerhalb der Bank unterstützt.

Einzelhandel

Der **deutsche Einzelhandel** hadert auch vor dem zweiten Advent mit seinem **Weihnachtsgeschäft**. In einer Umfrage unter rund 300 Unternehmen zeigten sich nur 22 Prozent zufrieden, 58 Prozent dagegen unzufrieden, wie der Handelsverband HDE am Sonntag in Berlin mitteilte. "Das war noch nicht der erhoffte Durchbruch, die Auswirkungen der schlechten Konsumstimmung sind nach wie vor deutlich spürbar", so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Das Weihnachtsgeschäft verharre auf dem schwachen Niveau der Woche vor dem ersten Advent. Für das gesamte Weihnachtsgeschäft in den Monaten November und Dezember erwartet der HDE Umsätze in Höhe von 126,2 Milliarden Euro. Das würde im Vergleich zum Vorjahr einem Plus von 1,5 Prozent entsprechen (*Reuters*).

Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Im **deutschen Luftraum** kommt es zunehmend zu gefährlichen Begegnungen zwischen **Drohnen** und **bemannten Flugzeugen**. Laut Deutscher Flugsicherung (DFS) sind im laufenden Jahr bis einschließlich November bereits **208 gefährliche Behinderungen des Flugverkehrs** durch die unbemannten Flugkörper registriert worden. Das sind deutlich mehr als die 149 Zwischenfälle im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch der Jahreshöchstwert aus 2024 mit 161 Fällen ist bereits übertroffen (dpa/AFX).

Urlauber müssen für ihre Reisen voraussichtlich auch im kommenden Jahr wieder tiefer in die Tasche greifen. Der Deutschlandchef des größten europäischen Reiseveranstalters **Tui**, Benjamin Jacobi, erwartet, dass die **Preise** um ein bis drei Prozent zulegen werden, wie er den Zeitungen der Funke Mediengruppe sagte. Der Manager betonte, der Urlaub werde 2026 nicht sehr viel teurer als 2025 (dpa/AFX).

Technologie

Der chinesische Technologiekonzern **Baidu** treibt die Pläne für einen Börsengang seiner **Chip-Tochter Kunlunxin** voran und forciert damit die Bestrebungen der Volksrepublik, im Halbleitersektor unabhängiger zu werden. Das Unternehmen prüfe eine Abspaltung und Börsennotierung der auf Künstliche Intelligenz (KI) spezialisierten Sparte, teilte Baidu am Sonntag mit. Damit reagiere man auf Medienberichte vom Freitag. Die Nachrichtenagentur *Reuters* hatte am Freitag

unter Berufung auf Insider exklusiv entsprechende Pläne gemeldet. Baidu erklärte weiter, ein IPO sei von der Zustimmung der Behörden abhängig und es gebe keine Garantie, dass er vollzogen werde.



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Wolfgang Schroth
T +49 69 29716 144
wolfgang.schroth@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2025 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

